

## **Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes**

*Kreis Höxter* - Die kommunale Selbstverwaltung lebt in hohem Maße davon, dass sich viele Menschen ehrenamtlich engagieren. All diese Menschen gestalten die Zukunft ihrer Heimat mit. Daher wurde vom Land NRW das sogenannte Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes“ verabschiedet. Auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion soll nun eine Anpassung im Kreistag vorgenommen werden.

Auf kommunaler Ebene werden Entscheidungen getroffen, die das alltägliche Lebensumfeld der einzelnen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar prägen. „Daher gehört es zu den landespolitischen Verpflichtungen, das Fundament „Kommunalpolitik“ zu stärken und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch in Zukunft die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt, sich ehrenamtlich in der Politik vor Ort zu betätigen. Ohne Verbesserungen droht ein weiterer Rückgang des kommunalpolitischen Engagements.“, sagt Rolf-Dieter Crois, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

Leicht gestaltet sich die kommunalpolitische Arbeit vor Ort nicht. Die Ausstattung der Fraktionen, besonders im Kreis Höxter, ist schlecht. Auch das Gesetz macht keine Angaben darüber, wie die finanzielle Ausstattung der Fraktionen in Summe aussehen soll. Im ländlichen Raum ist man zudem genügsam. „Niemand möchte die Kommunen oder den Kreis über Gebühr belasten“, sagt Andreas Suermann, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Wo in Großstädten aus dem Vollen geschöpft wird, ist man auf dem Land sparsames Haushalten gewöhnt. Dabei ist besonders im ländlichen Raum ein Rückgang des Ehrenamtes zu verzeichnen.

Auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion haben alle Kreistagsfraktionen einen Kompromiss gefunden, den Gesetzesentwurf umzusetzen und die

Belastung des Kreises so gering wie möglich zu halten. Zukünftig sollen die zusätzlichen Mittel der Ausschussvorsitzenden in die Personalkosten umgeschichtet werden, um die Arbeitsmöglichkeiten insgesamt zu verbessern. „In jedem Projekt werden Personalkosten bereitgestellt, nur in den Fraktionen nicht, betont Suermann. Dabei ist gerade die Arbeit der Fraktionsgeschäftsführung unerlässlich für gute kommunalpolitische Arbeit. „FraktionsgeschäftsführerInnen sind Generalisten – ohne sie läuft nichts“, erklärt Rolf-Dieter Crois.

Zudem hat die SPD-Kreistagsfraktion vorgeschlagen den Regelstundensatz von 8,84 Euro auf 12 Euro pro Stunde anzuheben. „Der Kreis und die Städte haben eine Vorbildfunktion, wenn es darum geht Altersarmut zu bekämpfen“, sagt Suermann. Zudem erhofft man sich, dass dadurch mehr Menschen die Möglichkeit geboten wird sich kommunalpolitisch zu betätigen.

Die nötige Satzungsänderung wird von allen Fraktionen unterstützt, wenngleich eine letzte Unklarheit bestehen bleibt. „Auf Landesebene wird derzeit geprüft, ob es den Räten und dem Kreis gestattet ist auf die Aufwandsentschädigung zu verzichten“, erklärt Suermann. Letzten Endes bleibt zu hoffen, dass wieder mehr Akzeptanz für diejenigen Menschen geschaffen wird, die sich vor Ort für die Gemeinschaft auch politisch engagieren.